

Das Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen allein wird nicht ausreichen, um alle Herausforderungen im Zusammenhang mit Plattformen und ihren Auswirkungen auf Einzelpersonen und die Gesellschaft anzugehen. Weitere Massnahmen sind notwendig, um der Machtkonzentration grosser Tech-Konzerne zu begegnen und eine konstruktive öffentliche Debatte zu ermöglichen, die für die Gesellschaft und Demokratie förderlich ist. Folgende weiteren Massnahmen sollten in Verbindung mit und parallel zu dem Gesetz vorgesehen werden.

Massnahmen zur Marktmacht

Die Unternehmen hinter Online-Plattformen üben nicht nur eine enorme Meinungsmacht, sondern gleichzeitig auch eine grosse Marktmacht aus. Auch aus ökonomischer Sicht sind solche Machtkonzentrationen nicht nachhaltig. Entsprechend sollte eine Plattformregulierung ergänzt werden mit entsprechenden Massnahmen, um auch der Marktmacht der Plattformunternehmen zu begegnen. Ein effektives Kartellrecht im digitalen Bereich setzt dabei eine kontinuierliche Beobachtung der regulatorischen Entwicklungen in der Europäischen Union, ex-ante Regulierungen (wie etwa im Digital Markets Act der EU vorgesehen), eine ausreichend ausgestattete und handlungsfähige Wettbewerbskommission (WEKO) sowie eine enge internationale Zusammenarbeit und Koordination mit ausländischen Wettbewerbsbehörden voraus. Es ist zudem sicherzustellen, dass auch grosse Technologiekonzerne mittels einer Sorgfaltspflicht Verantwortung für ökonomische, soziale und ökologische Aspekte in ihren Wertschöpfungsketten übernehmen.

Demokratieförderliche Alternativen für den Zugang zu verlässlicher Information entwickeln

Wir brauchen gemeinwohlorientierte Alternativen zu der Dominanz weniger globaler Plattformen, die ihren Profit durch verhaltensbasiertes Profiling und möglichst lange Nutzungsdauer maximieren und damit die informierte Meinungsbildung beeinträchtigen. Dies ist wichtig, um sowohl den Grundrechtsschutz der Bevölkerung als auch die staatliche Handlungsfähigkeit, die «Digitale Souveränität», zu gewährleisten.

Entsprechend sollten algorithmische Empfehlungssysteme, Plattformdesigns oder auch alternative Plattformen entwickelt und gefördert werden, die demokratieförderlich sind, die also den Zugang zu verlässlicher Information und zu vielfältigen journalistischen Inhalten sicherstellen und eine konstruktive Debattenräume ermöglichen. Dazu sollten auch digitale Güter und Infrastrukturen im öffentlichen Interesse bereitgestellt werden. Der Zugang zu Online-Debattenräumen und zu verlässlichen, vielfältigen Informationen muss dabei für alle Menschen gewährleistet sein.

Erweiterung Art. 261bis StGB

Menschen müssen sich wirksam und niederschwellig wehren können gegen illegale Inhalte, die Menschen diskriminieren, die zu Hass, Hetze und Gewalt an einer bestimmten Gruppe aufstacheln oder Darstellungen von sexualisierter und anderer Arten von Gewalt zeigen. Dies bedingt, dass Betroffene einfach straf- und zivilrechtliche Mittel ergreifen können gegen jene, die den entsprechenden Inhalt erstellt und online gestellt haben. Dafür sollte unter anderem das Strafgesetzbuch in Art. 261bis StGB um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität erweitert werden, da beispielsweise Frauen sehr oft von Hassrede betroffen sind.

Dark Patterns und Addictive Designs einschränken

Manipulativ gestaltete Benutzungsoberflächen («Dark Patterns») und Addictive Designs haben negative Auswirkungen auf Nutzer:innen. Unendliche Timelines verleiten Nutzer:innen zu maximaler Nutzungsdauer und damit Interaktion mit Inhalten. Die Verwendung von Dark Patterns ist allerdings nicht nur bei Kommunikationsplattformen ein Problem für Nutzer:innen. Auch abseits davon, zum Beispiel im Bereich Online-Shopping und bei Apps, werden Dark Patterns verwendet, um Nutzer:innen gezielt zu manipulieren. Es ist wichtig, dass auch die Schweiz wirksame Regulierungsansätze zur Bekämpfung von schädlichen Dark Patterns verfolgt. Dabei ist auch zu prüfen wie Dark Patterns, die die Nutzungsdauer maximieren sollen, beschränkt werden können.

Medien-, Digital- und Demokratiekompetenz fördern

Die Förderung von Medien- und Digitalkompetenzen sind für alle Altersgruppen, durch verschiedene Kanäle und zielgruppengerechte Formate, zu stärken. Dabei geht es einerseits um die Vermittlung von Kompetenzen, um die Funktionsweise der Online-Plattformen, ihrer Algorithmen und deren Auswirkungen zu verstehen. Andererseits beinhaltet dies auch Massnahmen im Bereich der politischen Bildung, der gesellschaftlichen Bedeutung einer inklusiven, konstruktiven Debatte oder der Demokratiekompetenz, um kritische Reflexion im Umgang mit Technologie und informierte demokratische Meinungsbildung zu befördern. Für diese Massnahmen sind die entsprechenden Ressourcen durch die öffentliche Hand bereitzustellen.

Interdisziplinäre Forschung fördern

Unabhängige und interdisziplinäre Forschung zu den Funktionsweisen von Plattformalgorithmen sowie insbesondere zu ihren Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft muss gefördert und finanziert werden. Die dadurch gewonnene Evidenzbasis würde die Gesellschaft in ihrem Umgang mit Plattformen und die Aufsichtsbehörden bei der Umsetzung des Gesetzes unterstützen. Die Resultate dieser Forschung sind öffentlich zugänglich zu machen. Weiter sollte die Regulierung mit einem unabhängigen, interdisziplinären Kompetenzzentrum auf nationaler Ebene – einem «Digital Media Observatory» für die Schweiz kombiniert werden. Dieses soll Expert:innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Bildung und Medien zusammenbringen, um die Forschung in diesem Bereich voranzutreiben

Journalismus und Medien fördern

Für demokratische Gesellschaften sind eine gemeinsame Faktenbasis und informierte Meinungsbildung zentral. Um sicherzustellen, dass die Bevölkerung Zugang zu qualitativ hochwertigen, vielfältigen und verlässlichen Informationen hat, spielen die Medien eine zentrale Rolle. Eine vielfältige, starke Medienlandschaft und qualitativ hochstehender Journalismus sind in der Schweiz deshalb durch umfassende und zeitgemässe Förderungsmassnahmen sicherzustellen.

Schnittstellen mit der KI-Regulierung klären

Derzeit laufen mehrere Arbeiten zur Regulierung von Algorithmen und KI. Es ist wichtig, die Kohärenz zwischen diesen Regelungen zu gewährleisten – insbesondere vor dem Hintergrund, dass oft dieselben Anbieterinnen hinter Plattformen und KI-Systemen stehen. Deshalb sollte die Plattformregulierung als ein Puzzleteil der Regulierungen rund um KI betrachtet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.